

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 239.

Donnerstag, den 11. Oktober 1923.

163. Jahrgang.

Der Tag der Entscheidungen.

Die außenpolitische und innenpolitische Entwicklung hat dazu geführt, daß heute oder morgen die bedeutungsvollsten Entscheidungen fallen, die ihre Wirkung auf den Bestand des Deutschen Reiches und die Gestaltung der deutschen Wirtschaft haben werden. In außenpolitischer Hinsicht stehen wir heute vor der Entscheidung, ob die Regierungen in Paris und Brüssel überhaupt noch die Absicht haben, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten oder nicht.

Die Meinungen, die über den Verlauf der Interaktion des deutschen Geschäftsträgers in Brüssel von Paris und Brüssel aus verbreitet werden, entsprechen nicht ganz den Tatsachen. Der deutsche Geschäftsträger hat keineswegs die Wiederaufnahme von Reparationszahlungen in diesem Zusammenhang bedingungslos zugesagt; er hat vielmehr nur auf eine Anfrage des belgischen Außenministers, ob die deutsche Regierung die Reparationsleistungen wieder aufnehmen wolle, ganz allgemein geantwortet, daß dieser Wunsch besteht.

Über schon jetzt kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Belgien eine absolut abschließende Antwort erteilen wird, nachdem "Habas" diese Antwort bereits vorausgesagt hat.

Sobald die Regierung die Antworten von Paris und Brüssel in der Hand hat, wird sie Entschlüsse fassen, in deren Rahmen auch die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet inwieweit geregelt werden soll, als die Verhandlungen der deutschen Industriellen mit General Doussart eine Rolle spielen.

Die deutschen Industriellen haben bei ihren Besprechungen mit Dougout durchaus loyal gehandelt. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die durch diese Besprechungen aufgeworfenen Fragen zwischen den Industriellen und der Regierung gemeinsam behandelt werden. Auch diejenigen Mitglieder des Reichstages, die an sich den Großindustriellen nicht nahegelegen, sind durchaus der Ansicht, daß die Verhandlungen mit Dougout unter dem Gesichtspunkt des Reichsinteresses geführt werden sind. Ganz unabhängig von dieser Frage der formalen Behandlung der Angelegenheit ist natürlich die Frage, inwieweit die Regierung bestimmten Wünschen der Großindustriellen nachkommen kann.

Vielleicht wird diese Auffassung der Regierung auch dadurch öffentlich zum Ausdruck kommen, daß in der heutigen Sitzung des Reichstages in Ergänzung der Tagesordnung eine Interpellation der Regierungspartei über die Verhandlungen mit General Dougout eingebracht und von der Regierung sofort beantwortet wird.

Die innenpolitische Entscheidung, die heute oder morgen getroffen werden muß, charakterisiert sich äußerlich durch die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes im Rahmen des Reichstages. Die Stimmen darüber, daß dieses Gesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit in letzter Minute doch nicht finden könnte, sind noch immer in politischen Krei-

sen vorhanden, wenngleich allmählich der Grundfals zur Geltung kommt, daß im Augenblick eine neue innenpolitische Krise auch die schwache Grundlage einer inneren Finanz- und Wirtschaftsreform zerstören würde, die das Kabinett Stresemann insoweit geschaffen hat.

Am Reichstag ist man noch nicht einzig darüber, ob das Ermächtigungsgesetz heute in einer zweiten Sitzung oder morgen behandelt werden soll. Es scheint, daß so viel Abgeordnete für heute von den Sitzungen fernbleiben, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit wahrscheinlich erst morgen aufgebracht werden kann.

Gleich nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes und der Veröffentlichung wird die Regierung eine ganze Reihe bereits vorkommender Verordnungen über die Währungsreform, die Budget-Einführung und die Stilllegung der Rentenpreise veröffentlichen. Diese Verordnungen werden einen völligen Umschwung auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet bedeuten.

Eine stolzmäßige Rohstoff-Anleihe.

Ansprechender scheinen die Verhandlungen, die mit Finanzbehörden in New York in aller nächster Zeit aufgenommen werden sollen und die auf eine Unterstützung der deutschen Währungsreform durch amerikanisches Kapital hinauslaufen, einige Aussicht auf Erfolg zu bieten. Auch ist heute der Regierung die Aufnahme eines kleinen Materialkredits zwecks Sicherung der nötigen Rohstoffe für die Lebensmittelversorgung offenbar in Aussicht genommen. Nähere Einzelheiten in dieser Frage werden vertraulich behandelt.

Wenn das Ermächtigungsgesetz angenommen werden sollte, wird die Regierung ihrerseits auf die sofortige Einführung des Arbeitsgesetzes dringen, damit bereits am Anfang der nächsten Woche die nötigen sozialen Maßnahmen getroffen werden können. Sollte das Ermächtigungsgesetz doch noch im Reichstag scheitern, so würde eine innenpolitische Situation gegeben sein, die zu allen Konsequenzen Anlaß geben könnte.

Das Reichskabinett plant neue Verordnungen.

Den Ministern zufolge beschäftigt sich das Reichskabinett gestern abend in mehrstündiger Sitzung mit den zehn Forderungen der Großindustriellen und bereit ferner über finanzielle und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, sobald die Reichsregierung das Ermächtigungsgesetz durchgebracht hat. Voraussetzungslos dürften sofort drei Verordnungen erlassen werden, von denen eine zum Zweck der Währungsstilllegung bestimmen wird, daß die Brotzubereitung, die ursprünglich zweimal erhoben werden sollte, noch mehrere Male erhöht werden soll. Eine weitere Verordnung wird sich mit der Restkonvention der Parteien und Syndikate beschäftigen und die Regierung wird den ursprünglich als Gesetz gedachten Plan der Bodenwährungsreform (Reumark) auf dem Wege der Verordnung durchführen.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Berlin, 10. Oktober. In der Dienstsitzung des Reichstages wurde zunächst die erste Lesung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes zu Ende geführt. Da der Antrag Volkrechtlich auf Ausfuhrberatung über den wir bereits gestern berichteten, abgelehnt wurde, ging das Haus sofort zur zweiten Lesung über. In dieser beantragte die Sozialdemokratie, die Ernennungsvorschläge aus der Ermächtigung herauszulassen, was der Arbeitsminister Dr. Brauns auch auflegte. Sodann nahm der deutschnationalistische Abgeordnete Helfferich das Wort, um noch einmal die abschließende Festsetzung seiner Position zu begründen. Vor allem wandte er sich gegen die Festsetzung der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung durch das Gesetz. Wenn man noch einen Schritt weiter gehen wolle, so müsse man in die Verfassung schreiben, das Deutsche Reich wird von einer Regierung regiert, die gebildet ist auf Grund der Zusammensetzung der großen Sozialisten.

„Wir sind heute das ärmste Volk von Europa“, fuhr er fort. „Eine Fabrik und ein Acker ist nur wert, was er bringt. Unsere Kohlenpreise sind 40 bis 50 Prozent höher als die englischen. Wir sind also nicht mehr konkurrenzfähig. Wir leben seit Jahren von der Subsidien und sind jetzt am Boden des Wassers. Was Sie mit Ihrer Schwärzerei erfassen können, wird nicht Gold sein, sondern Dreck. Das Schlagwort von der Schwär-

zerfassung richtet im Volke nur agitatorischen Unmut an. Unsere Reichsausgaben betragen 1 1/2 Milliarden Goldmark im Monat, also fünfmal mehr als vor dem Kriege. Als ich Anfang des Krieges Schatzsekretär war, waren unsere Gesamtausgaben einschließlich der Kriegskosten nicht viel höher. Die Reichsausgaben betragen heute mehr als das gesamte deutsche Volkseinkommen, das wahrheitsgemäß nur 18 Milliarden im Jahre ausmacht. Ihre Steuerreform reicht heute genau so vom Ende der Erbschaften. Wir müssen die Ausgaben vermindern und die Produktion steigern. Die neue Regierung hat überhaupt kein Programm. Alle Verträge, in der Welt das Geldwesen anders zu organisieren als auf der Goldgrundlage, sind gescheitert, auch in Ausland. Meine Freunde beantragten vor allem, daß die Reichstagsmitglieder keine Diäten beziehen, während der Reichstag in den Ferien ist. Der letzte Reichstag steht auf dem Aussterbepfad. Dieser Zusammenkunft wird er nicht mehr beitreten. Deshalb überlassen Sie den Vogen nicht, wenn Sie auch gegenwärtig die Mehrheit haben.“

In der Abstimmung wird die Vorlage in zweiter Lesung unter Ablehnung aller Anträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten, sowie der kleineren Gruppen angenommen. Die dritte Lesung mußte infolge des durch einige Deutschnationalen unterstützten Widerspruches der Kommunisten auf Donnerstag verschoben werden.

Anzeigenpreis Der Spelt. Millim. Spatrum 20 M und der 3 gesp. Millim. Westamerum 80 M mal Schlüsselmaß 100 000. Die laufende Bezugsanleihe wird dem Bezugsnehmer auf II. Anzeigen bei deren Ausgabe mit 1 000 000% in Zahlung genommen. Briefgeb. 6 000 000 M. Porto befreit. Alle Briefe freibleibend. Anzeigenklausur vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderart. — Fernsprecher Nr. 110.

Der Produktionsrückgang in Deutschland.

Bei den Erörterungen über den Sturz der Mark wird fast überall der Anteil böhmig außer acht gelassen, den der Rückgang der Erzeugung im Gestalt des Zwinges auf Steigerung der Einfuhr und damit auch auf stärkere Devisenbeschaffung ausübt.

Für die Frage des Rückganges der Produktion in Deutschland ist es wesentlich, daß nicht einmal der Höchstwert der Produktion im Jahre 1913 erreicht wurde. Nach einer Angabe des Arbeitsbundesverbandes der Textilindustrie beträgt nur für ungefähr 10 Prozent von im ganzen 450 000 Arbeitnehmern der Zeitverluste in Deutschland die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Für viele andere Industriezweige, namentlich auch die Metallindustrie, ergeben sich ähnliche Verhältnisse. Dazu kommen noch die außerordentlich hohen Verluste durch Streiks usw. Allein durch sie sind im Jahre 1919 43,6 Millionen Arbeitstage oder rund 350 Millionen Arbeitsstunden, im Jahre 1920 54,2 Millionen Arbeitstage oder rund 433,6 Millionen Arbeitsstunden, im Jahre 1921 30 Millionen Arbeitstage oder 240 Millionen Arbeitsstunden, im Jahre 1922 29,2 Millionen Arbeitstage oder 233,6 Millionen Arbeitsstunden, insgesamt also 1257,2 Millionen Arbeitsstunden verloren gegangen. Unter Zugrundelegung eines Durchschnittslohnes von 50 Goldpfennigen für die Stunde bedeutet dies ein Verlust für die Arbeiterkraft einer Gesamtlohnsumme von 628,6 Millionen Goldmark und bei einem Stundenprodukt von 50 Pfennigen für die Gesamtlohnsumme, einen Ertragsausfall in gleicher Höhe.

Sehr gut kann man auch die Höhe der entstandenen Verluste ersehen, wenn man die Arbeitsstunden als Beschäftigungseinheit zugrunde legt. Für die einzelnen Verlustposten ergibt sich: Wegnahme unserer Kapitalanlagen im Ausland Verlust von 3,75 Milliarden Arbeitsstunden; Abtrennung der Gebiete eine Milliarde; Einengung der landwirtschaftlichen Produktion 1,83 Milliarden; verloren gegangene Dienstleistungen durch Schiffahrt, Außenhandel usw. 1,66 Milliarden Arbeitsstunden. Im ganzen ergibt sich ein Ausfall von rund 9 Milliarden Arbeitsstunden jährlich. Für den Rest von rund 20 Millionen arbeitender Bevölkerung in Deutschland umgelegt, ergibt dies 450 Arbeitsstunden jährlich oder bei 300 Arbeitstagen 1 1/2 Arbeitsstunden pro Tag. Der jährliche Ertragsausfall der deutschen Wirtschaft von rund 5 Milliarden Goldmark kann also nur durch eine tägliche Arbeitsleistung von 1 1/2 Stunde wieder eingebracht werden. Nimmt man dazu eine jährliche Reparationsleistung nach dem Londoner Zahlungsplan von 2 Milliarden Goldmark an Bar- und Sachleistungen, so ergibt sich ein weiterer Ertrag von 4 Milliarden Arbeitsstunden zur Deckung der jährlichen Reparationsquote. Das deutsche Volk müßte somit, um die Zahlungsquote aus Lebenshöhe wieder aufzuheben zu können, eine Freiheitskämpferleistung zu erbringen, nämlich täglich rund 13 Milliarden Arbeitstagen oder bei der Zugrundelegung von 20 Millionen arbeitender Bevölkerung pro Kopf jährlich 650 und täglich etwas über 2 Arbeitsstunden über die gegenwärtige zeitliche Arbeitsleistung hinaus leisten.

Andere Methoden führen zu ähnlichen Ergebnissen. Das deutsche Volkseinkommen wurde 1913 auf etwa 40 Goldmilliarden geschätzt. Davon wurden etwa 30 Milliarden verbraucht, 5-10 Milliarden Goldmark wurden zur Bildung von Neubetriebskapital angelegt. Wenn wir annehmen, daß das gesamte deutsche Volk heute um 20 Prozent schlechter leben könnte als im Frieden (also schlechter essen, schlechter wohnen, sich schlechter kleiden, weniger kulturelle Bedürfnisse usw.) und wir bei 30prozentiger Produktionsverminderung ein Gesamteinkommen von 28 Milliarden Goldmark hätten, so bleiben nach Abrechnung des Verbrauches (24 Milliarden) noch 4 Milliarden, die wieder ausreichen zur Tilgung der Zinsenlast noch für die innere Schuld Deutschlands und für die Reparationsleistung; wie die wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen, ist diese oberflächliche Berechnung noch viel zu günstig.

Wir werden uns wohl oder übel an den Gedanken gewöhnen müssen, unsere Volkswirtschaft auf den oben schon öfters wiedergegebenen Bedarf möglichst bald umzustellen.

Der Preußische Landtag.

Berlin, 10. Oktober. In Beginn der gestrigen Landtagssitzung nahm Ministerpräsident Braun unter kühnen Zusätzen und lärmenden Kundgebungen der Kommunisten das Wort zu einer Erklärung. Er wies zunächst auf die Gründe hin, die zum Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr führten, und sprach die wichtigsten und dringlichsten Gründe für ihn, operativste Maßnahmen den tiefsten Punkt aus. Niemand werden wir von unserer Regierung nach Befreiung der Gefangenen und

Waldes der Ausschleusen absehen. Unter Hinweis auf die schlimmen Folgen der Geldvermehrung, insbesondere hinsichtlich der Ernährung und der Zunahme der Arbeitslosigkeit führte Braun aus, daß die Staatsregierung sich fortgesetzt bemüht habe, die Arbeitslosenfrage vom Standpunkt der produktiven Erwerbslosenfrage zu lösen und ihre Bewältigung mit größter Energie fortzusetzen. Durch die kürzlich fortgeschrittene Geldvermehrung sei es dahin gekommen, daß eine große Anzahl von Erwerbslosen nicht einmal mehr die Veranlagungssteuern bezahlen könnten. Auch sei zu hoffen, daß nachdem der Reichstag der Reichsregierung die nachgefragte Ermächtigung gegeben habe, Absätze für die Geldvermehrung, daß die Einnahmen an Steuern in Reichsland und Gemeinden ganz automatisch mehr und mehr wieder vollständig geteilt werden würden. Allerdings um Erzielung von Maßnahmen auf finanzpolitischen Gebieten sei aber die Ruhe im Innern und die Ruhe im deutschen Wirtschaftslieben. Solange der Reichstag auf Deutschland laufe, müsse die deutsche Wirtschaft in Gefahr werden, daß sie das zur Stärkung der Währung unerlässliche Vertrauen auslöse. Freuen habe deshalb der Vorlage der Reichsregierung, durch die Einrichtung einer Währungsbank dem deutschen Reich die deutsche Wirtschaft eine feste Fassung gegeben. Zur Sicherung der Ruhe im Innern müßten dem Volke Lebensmittel in ausreichender Menge zugeführt werden. Zur Verhinderung von Preisversteigerungen sei es nötig, die Preisgestaltung von Rohstoffen und Getreide ausgangspunkten für Preissteigerungen nachzugehen. Der Ministerpräsident wolle sich gegen die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Limberg (Cos.) erklärt, trotz der Geldvermehrung müsse geteilt werden. Der Vorstoß gegen die soziale Forderung des Achtstundentages müsse aus scharfer Verurteilung werden. Die Verordnungen gegen Getreide, den Abfall von Getreide zu fördern, und sagt, daß diese Angriffe abgewiesen werden seien. Im Zusammenhang hiermit sprach der Ministerpräsident auch die Hoffnung aus, daß auch die hanoverschen Reichsminister, die sich gegen die Trennungsbewegungen eine entschlossene Abweisung zugesagt haben, sich in diesem Sinne äußern werden. In scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die erlogenen Erklärungen von Caroz über die Düsseldorf-Vorgänge. In Hand des Antisemitismus stellt er die Schuld der Sonderländer und der Franzosen fest und befiehlt der Schulpolitik für ihr pflichttreues Verhalten den Dank der Staatsregierung aus. (Leb. Beif.) Die Verhängung des Ausnahmestatus ist in der Vereinbarung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. (Leb. Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Das Haus tritt danach in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Besucher überfall auf ein sächsisches Rathaus.

Wien, 10. Oktober. Als das Auto der Stadt Wien mit dem Oberbürgermeister Holz und einem Bedienten durch die Stadt Wien fuhr, wurde von einer dienstlichen Fahrt von Dresden nach Jindau zurückgeführt wurde es von einer Bande gefolgt, die es ansehnlich nach Wörben durchsuchen wollte. Der Führer vermutete einen Raubüberfall und fuhr mit unheimlicher Geschwindigkeit weiter. Die Bande beharrte darauf das Auto mit Eisenketten und hölzernen Stößen festzuhalten, bis es von 18 Mann entwand. Die Insassen blieben unverletzt.

Seitdem Herr Feigens „Selbstschuß“ die Polizeitruppen verläßt, nimmt die „Sicherheits- und freien Sachsen“ von Tag zu Tag zu. Die „A. R. N.“ sind daher wohlbeachtet, wenn sie folgende Fragen an die sächsische Regierung richten: 1. Waren diese Stabes Herrn Feigens „Selbstschuß“, die die Polizeitruppen verläßen sollen? 2. Liebe die Bande ihre „Kontrolltätigkeit“ im amtlichen Auftrag aus? 3. Was wird Herr Feigens tun, um solchen Unfällen vorzubeugen? Gibt es keine Mittel, zur Wahrung der Sicherheit der Bevölkerung und zugleich zur Wahrung der Staatsautorität, die Handlungen von solchen Raubgeheimeln zu fassen?

Kommunistische Geiseln in Hohenheim-Erntthal.

In Hohenheim-Erntthal sind jetzt von den Kommunisten 6 Geiseln festgehalten worden, auf denen die Namen einer ganzen Reihe von Industriellen, Kaufleuten und anderen politischen Persönlichkeiten steht, die bei bestimmten Gelegenheiten von den Kommunisten als Geiseln beschachtet werden sollen. Es scheinen sich in diesem Bezirk, der mit Almbach zusammen eine Domäne der Kommunisten bildet, Dinge zu ereignen, die von großer Wichtigkeit sind. Die Verhandlungen um ein geordnetes Wirtschaftsgesetz in diese Gegend waren bisher erfolglos; doch sind neue Vorstellungen in dieser Richtung erhoben worden, die nach unseren Informationen auch in Berlin auf Berücksichtigung rechnen dürfen.

Aus Anhalt.

Der Landesvorstand der kommunistischen Partei in Anhalt hat der Sozialdemokratischen Partei ein Angebot gemacht, in die Regierung der Provinz eine gemeinsame proletarische Regierung wie in Sachsen und Thüringen zu bilden.

Amerika und die deutsche Währungsbank.

Die amerikanische Presse verbreitet die Meldung, daß sich das amtliche Amt für die neue Währungsfrage interessiert, und einzuweisen geneigt ist, daß ein Kreis amerikanischer Bankiers bereit ist, sich unter gewissen Bedingungen an der Währungsbank zu beteiligen. Deutsche Vertreter sind zur Zeit auf dem Wege nach Amerika, um die Angelegenheiten in der Wege zu klären. Daneben gehen noch Verhandlungen über internationale Ergänge von Gold an Deutschland, das die Reichsregierung zu Lieferungen aus dem Inlande zu erweitern geneigt ist, anzunehmen, daß diese Verhandlungen zum Ziele führen.

Deutsche Industrielle in Amerika.

Paris, 10. Oktober. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ ist die amerikanische Regierung geneigt, die Besuche von Prof. Karl Wolf, Direktor der Vereinigten Industriellen und andere Vertreter der deutschen Industrie in New York eingetroffen. Es erklärt, daß die Deutschen sehr gut einsehen, daß sie auf Hilfe durch die englische oder amerikanische Regierung nicht rechnen können. Das hoffen sie erst nach einer Abmachung mit den amerikanischen Fabrikanten zu gelangen. Insbesondere wird versucht, amerikanische Kapitalisten für die deutschen Industriellenmengen zu interessieren.

Die französische Antwort an v. Hofsch.

Paris, 11. Oktober. Zu dem Schritt, den der deutsche Geschäftsträger Vostschlager v. Hofsch an Paul Dreyer unternommen hat, schreibt der „Temps“, die Antwort von Carozs verbindliche Teilnahme der Verhandlungen, die später zwischen sämtlichen Mächten und Deutschland eröffnet werden könnten, wenn der Widerstand anhöre und die deutsche Regierung einen Zahlungsvorschlag gemacht habe. Carozs Antwort enthielt den Weg zu verperren, der zu einem Einverständnis führen könne, führt die französische Regierung Deutschland auf diesen Weg zurück.

Ein Sieg Curzon über Baldwin?

Paris, 9. Oktober. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet, in politischen Kreisen werde von einer Annäherung zwischen Curzon und General Smuts auf der Reichsregierung gesprochen. Man wäre nicht überrascht, wenn infolgedessen eine politische Krise von außerordentlicher Bedeutung auftreten würde.

Teila bei Depoente.

Düsseldorf, 10. Oktober. Der Reichsausschuss des Reiches Monique Teila, hatte Dienstag nachmittag dem General Depoente einen längeren Besuch abgeben. Er hat insbesondere dem General im Auftrag des Reiches eine Anzahl Depoente in Auftrag gegeben, die von den französischen Militärgewaltigen wegen politischer Verbrechen verurteilt worden sind, vorgelegt. Depoente hat zugestimmt, diese Gesuche mit dem größten Wohlwollen zu prüfen.

Eine neue Junfermannordnung des Wehrkreises IV.

Dresden, 9. Oktober. Der Wehrführer des Wehrkreises IV. a. folgende Verordnung erlassen: Der Herr Reichswehrminister hat seine Verordnung über die Verbreitung nicht amtlicher Berichte über Unruhen vom 1. Oktober 1923 aufgehoben. Ich bringe diese zur Kenntnis und bezeichne, dass unter dem Namen Junfermannordnung die gezeichnete Briefe, durch Flugblätter oder Sandbriefe verbreitet, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 15.000 Goldmark bestraft.

Der Wehrführer des Wehrkreises IV.

923. Müller, Generalleutnant.

Umrechnungszahlen.	
Reichsbankhaltungsindex (8.10.)	109.100.000.
Großhandelsindex (9.10.)	207.400.000.
Silberankaufpreis der Reichsbank (9.10.)	55.000.000 (je 1 M.).
Goldwert eines 20-Mark-Stückes (11.10.)	13.647.125.50
Eine Goldmark (10.10.)	= 708.333.000.
Buchhändler-Schiffelzahl (11.10.)	200.000.000.
Schiffelzahl (11.10.)	19.500.000.
Österreich-Schiffelzahl (10.10.)	70.000.000.
Eisenbahn-Schiffelzahl: Güterv. 72, Personenv. 60 Mill.	

Hüter und die „Reichsflagge“.

München, 10. Oktober. Nach einer Mitteilung des Deutschen Kampfbundes, er habe sich jedoch nicht mehr bereit erklärt, diese Führung auch für den Verband „Reichsflagge“ beizubehalten.

Verbot der mitteldeutschen Arbeiterpartei in Halle.

Halle, 9. Oktober. Die mitteldeutsche Arbeiterpartei, die ihren Sitz in Halle hat, ist im Hinblick auf den Inhalt ihrer Satzungen, die Art ihrer Betätigung und die Art ihrer Führer als eine Fortsetzung der von Minister des Innern aufgelösten Nationalsozialistischen deut. Arbeiterpartei angesehen worden. Nämlich werden alle Bestimmungen der mitteldeutschen Arbeiterpartei mit politischen Mitteln verbunden und gegen die Veranstalter und Teilnehmer an solchen Versammlungen das Strafverfahren eingeleitet werden.

Verbot der „Noten Fälscher“.

Berlin, 10. Okt. Der Reichswehrminister hat bis auf weiteres die Verleitung und den Vertrieb der „Noten Fälscher“ verboten, da sie zur Vorbereitung des politischen Umsturzes in der Reichswehr und der Reichswehrangehörigen zur politischen Betätigung und zum Umgehungsausschuss. Das Verbot gilt auch für jede andere Zeitung, die als Ersatz für die „Noten Fälscher“ neu herausgegeben oder den Abonnenten zugeleitet wird.

Ein Ermächtigungsgesetz für Preußen.

Berlin, 10. Oktober. Die preussische Regierung beabsichtigt, in ähnlicher Weise wie auch die Reichsregierung, sich vom preussischen Landtag durch ein besonderes Ermächtigungsgesetz Ermächtigung zur Fortführung der Gesetzgebung erteilen zu lassen.

Das Verbot der „Deutschen Zeitung“ aufgehoben.

Das Reichliche Telegraphenbüro bringt die Nachricht, daß der Reichliche Telegraphenbüro dem Reichlichen Telegraphenbüro das am 28. September ergangene Verbot der „Deutschen Zeitung“ bis 10. Oktober einseitig aufgehoben habe.

Nachspiel zum Rathenau-Mord.

Leipzig, 10. Oktober. Wegen Verhinderung der Rathenau-Mörder Hüger und Kern verurteilte der Staatsgerichtshof den Studenten Johann Peters aus Rentelhof und den kaufmännischen Angestellten Gottfried Wiese aus Weidau. Die Urteile sind am 28. September ergangen. Wiese wurde zu 10 Jahren Zuchthaus, Peters zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus Stadt und Umgebung.

Der Milchpreis für die Zeit vom 11.-13. Oktober beträgt im Kleinhandel für das Rier Vollmilch 30.000.000 Mark.

Die Hochwasserziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) betrug sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 8. Oktober auf das 109,1 Millionenfache des Preisniveaus der Zeit vom 1. bis 9. Oktober (40,4 Millionen) und beträgt somit 140,4.

Die amtliche Großhandelsziffer vom 9. Oktober 1923. Infolge der fortgeschrittenen Marktentwertung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober um 264 v. H. auf das 307,1 Millionenfache des Friedensniveaus erhöht.

200 Millionen Buchhändler-Schiffelzahl. Die Schiffelzahl des Reichsamerikanischen Buchhändlers ist ab 11. Oktober 200 Millionen.

Landabgabe. Für die Zeit vom 13. bis 16. d. M. beträgt der gültige Umrechnungssatz für die Goldmark bei Ablieferung der Landabgabe 243.000.000.

Bundrent-Schiffelzahl. Der Deutsche Bundesbankvertrieb teilt mit, die Schiffelzahl für das deutsche Bundesbankvertrieb sei mit Wirkung ab 11. Oktober auf 19.500.000 festgesetzt.

Der Aufschlag der Großhandelspreise. Nach Mitteilung des Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg ist der Aufschlag der Großhandelspreise für die laufende Woche auf 3.939.090.000 Mark je Zentner festgelegt.

Verdoppelung der Eisenbahnpreise. Vom Sonnabend, dem 13. Oktober ab werden die Schiffelzahlen für die Eisenbahnpreise im Bundesverkehr auf 120, im Güterverkehr 80 Millionen betragen. Dieser Erhöhung ist die letzte außerordentliche Geldentwertung noch nicht berücksichtigt.

Die Verwaltung der händ. Werke bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung: Vor einiger Zeit ging durch die Presse folgende Notiz: „Dass der Gaspreis rüchertend werden“ hierauf bemerken wir, dass die Verordnungen Teil I, Seite 147 eine Verdoppelung oder Erhöhung von Preisen bei Lieferung von Elektrizität, Gas und Wasser von 29. 9. 23 veröffentlicht ist, die wohl das Gegenteil des in der Kanonverhinderung klage geäußerten Spruches bestimmen dürfte. Es heißt dort: „Die Preise für Elektrizität und Wasser mit rüchertend Kraft bis zu einem Monat festgelegt werden.“ Wir bringen dies zur gefl. Kenntnisnahme.

„Gas und Wasserzweckgemeinschaft“. In Berlin hat sich jetzt eine Gas- und Wasserzweckgemeinschaft gebildet, um gegen die Willkür der händlichen Werke vorzugehen. Diese Gemeinschaft hat eine schriftliche Erklärung abgegeben, die das Verbot der händlichen Werke selbst, aber diese unerhörte Kräfte hinwegzuheben.

Die Angelegenheit wird auch eng berührt von der Frage der Abrechnung von Gas und elektrischer Licht, zu der das Reichliche Telegraphenbüro eine einstimmige Verfügung erlassen hat. Es handelt sich hier um den Fall, daß der Verbraucher nach der Zeit des Verbrauchs etwa 90 Millionen Mark für Licht zu zahlen hatte, während die Elektrizitätswerte fast über 1 Milliarde von ihm einforderten. Das Unrecht dieser Abrechnung ist durch die Verfügung des Reichlichen Telegraphenbüros von erheblichen Nachteilen wahr, bedarf keiner Erörterung. Andererseits wäre, wenigstens solange die Streitfrage nicht geklärt ist, ob die Antragsgegnerin berechtigt ist, die nachträglichen Tarifveränderungen in Rechnung zu stellen, bei der monopolartigen Stellung der Stadt die Abrechnung des Lichtes mit den Grundbesitzern von Recht und Glauben nicht vereinbarlich, zumal der Antragsteller bereits 90 Millionen Mark gezahlt hat.“ Beschluß vom 28. September 1923 in Sachen S. gegen Stadtgemeinde Berlin, 17. D. 91. 23. Soweit diese einstimmige Verfügung rechtsverbindlich wird, würden die händlichen Werke und die Gas- und Wasserzweckgemeinschaft nicht berechtigt sein, die Abrechnung zu zahlen, in sofern Verbraucher aus den genannten Gründen die Zahlung nicht in der vollen geforderten Höhe leisten wollen.

